

net, dürfen in dieser Rez. begründeterweise außer Betracht bleiben).

„Grundeinkommen ohne Arbeit“ ist ein Thema, das zur Zeit auch bei uns aktuell zu werden verspricht (daß es anderwärts schon ausführlicher erörtert wird, belegt der zweite Teil des Bandes). Es ist interessant, daß man bei uns feststellen kann, daß die Meinungen zu diesem Thema in allen Parteien quer durch alle Fronten gehen. Vf. der vorliegenden Schrift ist sich ausreichend bewußt, daß er sich mit seinen Vorschlägen nicht nur Freunde macht. Das bestimmt darum auch sein methodisches Vorgehen: Büchele kalkuliert die Einwände gleich ein und versucht, sie schrittweise zu entkräften. Dabei ist er von seiner These, d. h. von der Notwendigkeit der Einführung eines Grundeinkommens so überzeugt, daß die Zuverlässigkeit der Argumente bisweilen zu wünschen übrig läßt. Mehrfach wird man den Verdacht einer *petitio principii* nicht los; sie scheint gerade im Einleitungskapitel zur Logik und zum Stil zu gehören. Viele Abschnitte tendieren stereotyp zur Denkform „nun aber . . .“. Das bereitet darauf vor, daß das Grundeinkommen ohne Arbeit als Lösung der sozialen und politisch/wirtschaftlichen Übel aufscheint. Da bleibt eigentlich nur noch die Frage, warum dieses einfache „Wunder“ sich nicht durchzusetzen vermag. Wiesehr es Büchele über die Lösung einzelner Sachprobleme hinaus um eine „neue Gesellschaft“ geht, belegt der 3. Abschnitt des 1. Teiles, der von der „kommunikativen Gesellschaft“ handelt; diese eher philosophischen Erörterungen muten bisweilen wirklich wie eine „Idylle“ (84) an; neben den primär ökonomischen Fragen, die in der Analyse dieses Buches zur Diskussion stehen, mutet diese Sozialphilosophie wie ein spekulativer Fremdkörper an. Gerade hier wird des öfteren eine Schwäche in der Argumentationsweise des Vfs. spürbar: die nicht für jedermann verstehbare Sprache, die Wort-Neuschöpfungen ebenso kennt wie einen verdorbenen Stil (z. B. „muß entweder die Arbeit oder die Einkommen . . . anders verteilt werden“ (14); „ob oder nicht er etwas tut . . .“ (19) u. ö.). Angesichts derartiger sprachlicher Phänomene erhebt sich eine Verwirrung: Vielleicht ist dieser Sprachstil (mit den daraus resultierenden Verdunkelungen) eine Konsequenz aus übermäßiger Begeisterung für die Sache? Ein ideologisierender Nebel?

Es bleibt als Resümee: Eine hochaktuelle Frage, die es couragiert zu diskutieren gilt, aber kein ganz gutes Buch dazu; wohl deswegen, weil Vf. mehr will als er gut zu begründen vermag.

Linz

Ferdinand Reisinger

SCHNEIDER LOTHAR, *Subsidiäre Gesellschaft. Implikative und analoge Aspekte eines Sozialprinzips*. (Abhandlungen zur Sozialethik, Bd. 24.) (162.) Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1983. Ppb. DM 32,—.

Das Prinzip der Subsidiarität begegnet als Forderung in unserer Zeit allenthalben. Unter anderen Namen wird der Kerngehalt dieser Forderung geradezu modern (z. B. „zurück zum menschlichen Maß“). Was aber jene, die sich großherzig auf die Soziallehre der Kirche und ihre Prinzipien berufen, damit meinen, ist wohl weniger selbstverständlich.

Die vorliegende Arbeit, eine Habilitation an der theol. Fakultät Bonn bei Prof. L. Roos, F. Böckle, machte es sich zur Aufgabe, mit nicht selbstverständlichen Methoden „Implikationen“ und „analoge Perspektiven“ dieses Prinzips zu erhellen. Dabei wird tief und unmittelbar in jedermanns Lebenserfahrungen wie in wissenschaftstheoretische Fragestellungen (lebendig manifestiert an 20 Schemata) hineingeleuchtet. So wirkt diese Arbeit gleicherweise hochabstrakt wie lebensunmittelbar; sie wird auf diese Weise ein höchst überraschendes, bündiges wissenschaftliches Werk.

So wird auch die zentrale Einsicht, also die These dieser Untersuchung schon bald klar: die „ganze Beweisführung zielt dahin und erweist . . . voll überzeugend, daß es sich beim Subsidiaritätsprinzip um eine Erkenntnis handelt, die dem menschlichen Erkenntnisvermögen nicht nur unmittelbar zugänglich ist, sondern sich ihm als fundamentaltheologische Aussage mit sozialuniversalem Anspruch . . . zwingend auferlegt“ (O. v. Nell-Breuning „Zur Einführung“, 13; vgl. 19: fundamentaltheoretisch statt fundamentaltheologisch).

Es ist anzunehmen, daß der Vf. dieser Schrift, der unterdessen Professor für Sozialwissenschaften an der theol. Fakultät in Regensburg ist, diese Einsichten immer neu zu aktualisieren versteht!

Linz

Ferdinand Reisinger

NANIWADA HAROU, *Sozialwissenschaft und Wirklichkeit*. (346.) Waseda Univ. Press, Tokyo, Japan 1984.

Nach Naniwada nahm die moderne Sozialwissenschaft ihren Anfang, als sie sich — befreit von der fides — nach dem logischen Identitätsprinzip zu orientieren begann und sich in verschiedene Fachwissenschaften differenzierte. Dieses Identitätsprinzip beruht auf der strengen Unterscheidung von A und Non-A und bildet das Fundament einer rationalistischen Wirtschaftsauffassung und Denkweise, die sich verhängnisvoll in den modernen Natur- und Humanwissenschaften breitgemacht hat.

Die Logik dieser Denkweise schließt die gleichzeitige Geltung von A und Non-A aus, während sich nach der Logik der Seinsweise A und Non-A gegenseitig bedingen. Diese Feststellung des Autors läßt zugleich die japanische Haltung gegenüber Religionen verstehen, in der es möglich ist, verschiedene Glaubenssysteme anzuerkennen und sie nicht für unvereinbar zu halten.

In den Sozialwissenschaften führt nach Naniwada das Identitätsprinzip zur Behauptung des jeweils ausschließlichen Geltungsanspruchs kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnungen. Dennoch kommen beide Systeme nicht ohne Einbeziehung konstitutiver Elemente der jeweils anderen Gesellschaftsordnung aus.

Das Identitätsprinzip drückt sich in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft durch die Betonung der individuellen Autonomie bzw. in der Befreiung vom Staat aus. A ist A, ich bin ich, das Individuum hat seinen Seinsgrund in sich selbst. Das ist das Credo nach dem Identitätsprinzip. Das autonome Individuum als Ausgangspunkt sozialwissenschaftlicher Ansätze hat in der naturwissenschaftlichen